

Vom Dekret über den Frieden bis zur Konferenz von Helsinki

60 Jahre Kampf der Sowjetunion für die friedliche Koexistenz

Von Dr. Rosemarie Griese, Sektion Marxismus-Leninismus

(1. Fortsetzung)

Die Befreiung der Völker Europas vom Faschismus durch die Sowjetunion und die Staaten der Antihitlerkoalition führte zur Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus. Der Beginn und siegreiche Verlauf volkedemokratischer Revolutionen in Europa und Asien führten zur Entstehung des sozialistischen Weltsystems. Die Sowjetunion war nun nicht mehr das einzige Land, dessen Außenpolitik sich auf die Erhaltung des Friedens und der Zusammenarbeit der Völker konzentrierte.

Auch die Völker der kapitalistischen Welt hatten aus der faschistischen Barbarei und dem zweiten Weltkrieg Erkenntnisse und Lehren gewonnen. Sie reichten sich in den Kampf für einen dauerhaften Frieden ein und stärkten die Aktivitäten der Sowjetunion für die Realisierung der friedlichen Koexistenz.

Die Gründung der UNO im Jahre 1945 verlieh dem Kampf um den Frieden internationalen bedeutsamen Impulse und verdeutlichte das veränderte Kräfteverhältnis. Die Charta der Vereinten Nationen enthielt erstmalig völkerrechtliche Prinzipien, für deren Verwirklichung die Sowjetunion seit der Verabschiedung des Dekrets „Über den Frieden“ im Jahre 1947 gekämpft hatte. Die Achtung der Souveränität und Gleichheit der Staaten, die friedliche Regelung von Streitfragen, die Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder sowie der Verzicht auf Vorbereitung, Androhung oder Verwirklichung von Aggressionen u. a. Prinzipien wurden allen Staaten zur außenpolitischen Pflicht gemacht. Die Sowjetunion, die an der Auserhebung der Charta der Vereinten Nationen maßgeblichen Anteil hatte, sowie die anderen sozialistischen Länder haben sich in

jeder Phase strikt an diese Grundsätze gehalten und in der internationalen Arena für deren Durchsetzung gekämpft.

Eine völlig entgegengesetzte, die UNO-Charta mißachtende Politik betrieben dagegen die imperialistischen Mächte. Sie verließen den in der Antihitlerkoalition bewährten Weg der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und begannen mit der Realisierung der Politik des kalten Krieges gegen alle sozialistischen Staaten. Unter der von der Geschichte längst widerlegten und faden-scheinigen Lüge einer angeblichen „Bedrohung durch die Russen“ wurden die militärische Rüstung verstärkt und alle Vorbereitungen getroffen, um in einem dritten Weltkrieg die Sowjetunion und die sozialistischen Länder zu vernichten.

In diese aggressive, dem Willen der Völker widersprechende Konzeption ordnete sich die Gründung der NATO im Jahre 1949 ein. Sie wurde als militärisches und politisches Instrument für den Kampf gegen die Länder des Sozialismus gegründet. Bis zum heutigen Tag sind ihre Aktivitäten – trotz des Ergebnisses von Helsinki – nach wie vor von diesen Zielen motiviert.

Auch die Gründung der BRD 1949 unter eklatantem Bruch des Potsdamer Abkommens gehörte zu der strategischen Konzeption des kalten Krieges. Die BRD wurde von vornherein unter dem Aspekt eines Bollwerkes gegen den Sozialismus geschaffen. Antikommunismus, Antisowjetismus und Revanchismus waren und sind die ideologischen Grundpfeiler dieses deutschen Staates, der sich nicht zufällig bis zur Gegenwart als Nachfolgestaat und Sachverwalter des faschistischen 3. Reiches versteht. Als einziges Land Europas stellte die BRD seit ihrer Gründung Gebietsforderungen. Die Anerkennung der nach dem zweiten Weltkrieg entstandenen Grenzen lehnte die BRD

ebenso kategorisch ab wie die völkerrechtliche Anerkennung der Existenz der DDR. Westberlin wurde als „Frontstadt“ ein besonders aggressiver Platz im Arsenal des kalten Krieges ausgewiesen. Ganz im Geiste des Militarismus und Revanchismus und unter aktiver Mitwirkung ehemaliger Offiziere der faschistischen Armee betrieb die BRD die forcierte Aufrüstung.

Die Politik der Westmächte in Gemeinschaft mit der BRD führte mehrfach zu starken internationalen Spannungen und gefährdete den Weltfrieden auf das höchste. Der Beginn der Aggression der USA gegen Korea im Jahre 1950 machte den Ernst der Lage für alle Völker sichtbar.

Es ist in erster Linie das Verdienst der Sowjetunion, daß der Frieden in Europa in allen Situationen gerettet und auch der Ausbruch eines neuen Weltkrieges verhindert wurde. Unterstützt von den sozialistischen Bruderländern trat sie der imperialistischen Kriegshysterie besonnen und realistisch entgegen, festigte ihre militärische Kraft und unterbreitete unzählige Vorschläge zur Milderung des internationalen Klimas und zur Durchsetzung einer Politik des Friedens.

Ende der 50er, Anfang der 60er Jahre hatte sich das internationale Kräfteverhältnis sichtbar zu Gunsten des Sozialismus und des Friedens gewandelt. Die sozialistischen Länder führten erfolgreich ihre sozialistische Revolution zum Siege; vor der Haustür des USA-Imperialismus begann der Sozialismus in Kuba Fuß zu fassen, und der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung machte den Zusammenbruch des imperialistischen Kolonialsystems deutlich. Damit waren neue und günstigere Bedingungen für die Realisierung der friedlichen Koexistenz entstanden.

Die sozialistischen Länder waren sich jedoch im klaren, daß der Imperialismus auch unter diesen Bedingungen keine Position freiwillig aufgibt, sondern mit der Kraft des Sozialismus, unterstützt durch die Völker der Erde und gefördert durch die mächtig gewordene Weltfriedensbewegung, zum Frieden gezwungen werden muß. Die Sowjetunion und die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft ergriffen erneut die historische Initiative. Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Vertrages im Januar 1965 schlugen sie die Einberufung einer Europäischen Konferenz aller Staaten mit dem Ziel der Gewährleistung von Sicherheit und Zusammenarbeit vor.



Das Leninmonument in Ufa, Hauptstadt der Baschkirischen ASSR. Foto: Achermann

Bereits ein Jahr später, im Juli 1966 wurde auf der Bukarester Tagung der Warschauer-Vertrags-Staaten ein Aktionsprogramm angenommen, das die Diskussion der Völker und Regierungen über Fragen einer europäischen Sicherheitskonferenz förderte. Das Programm enthielt die Hauptfragen zur Sicherung eines dauerhaften Friedens und zur Herstellung eines Systems kollektiver Sicherheit in Europa und formulierte dazu die notwendigen völkerrechtlichen Grundlagen. Als Schlüsselfrage der friedlichen Koexistenz wurde die Unantastbarkeit der Grenzen, einschließlich der Grenze an Oder und Neiße und zwischen den beiden deutschen Staaten, hervorgehoben.

Dieser beharrliche Kampf der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer für die Erhaltung eines dauerhaften Friedens entsprach zutiefst dem Wesen sozialistischer Friedensstrategie.

Im Mittelpunkt stand und steht die kollektive Befreiung, besonders Eingliederung zusammen, dem Imperialismus an der Entscheidung neuer Aggressionen zu hindern, eine friedliche Beziehung, internationaler, ...

Der Weg von der Geburt der Idee einer europäischen Sicherheitskonferenz durch die sozialistischen Länder im Jahre 1966 bis zur Realisierung der Konferenz von Helsinki im Jahre 1975 zeigt die Härte des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus. Es bedurfte noch unzähliger Schritte, Initiativen und Vorschläge der sozialistischen Länder, um die imperialistischen Staaten gegen ihren Willen letztlich doch zu der Konferenz zu zwingen. Schritt für Schritt wurden durch die offensivere Friedenspolitik der sozialistischen Länder alle Barrieren niedergeworfen, die die Imperialisten gegen das Zustandekommen einer europäischen Staatenkonferenz aufstapelten, um seinen Kurs des kalten Krieges mit dem Ziel militärischer Aggressionen weiterführen zu können.

Die weitere sichtbare Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses hatte naturgemäß Einfluss auf die Politik der imperialistischen Kräfte. Nachdem die Politik der Stärke in allen Phasen historisch gescheitert war, begann sich im Jahre 1968 der Imperialismus ein Differenzierungsprogramm abzuschreiben. Klaresten Ausdruck war die Herausbildung einer zweiten imperialistischen Linie neben der, der strikten Ablehnung aller internationalen Entspannung. Unter dem Eindruck der wachsenden ökonomischen, politischen und militärischen Kräfte des Weltsozialismus begann ein Teil der imperialistischen Großmächte die Anpassung der Außenpolitik der Politik der Stärke und die Gefahr, die sich aus deren Weiterführung für den Imperialismus selbst ergab, zu begründen. Bei diesem Schritt setzte ein allmählicher und notwendiger widersprüchlicher Prozess der Umkehr ein. Die Anpassung an die veränderte Weltlage und der Hinwendung zur Politik der friedlichen Koexistenz ein. Obwohl die Gegner der Entspannung ihre Kräfte verstärkten und versuchten, alle auch zur kleinsten Annäherung der Verständigung zu sabotieren, gewannen die realistisch denkenden Kräfte – unter dem Druck der Völker – die Oberhand.

(Fortsetzung folgt)

„Modellfall CSSR“ und sein Flasko

Zu Beginn des Jahres 1968 setzte die NATO den „Modellfall CSSR“ auf die Tagesordnung. Besondere die herrschende Kräfte der USA und der BRD rechneten sich die Chancen für einen Präzedenzfall ihrer konterrevolutionären Strategie aus.

Unter diesem Aspekt erschien sicher nicht zufällig 1966 in London von dem rumänischen Emigranten Edward Luitwak ein Handbuch für konterrevolutionäre Putschisten, in dem definiert wurde: „Ein Staatsstreich ist die Infiltration eines kleinen, doch entscheidenden Teils des Staatsapparates, der dann dazu benutzt wird, der Regierung die Kontrolle über die realistischen Institutionen zu entreißen.“

Autoren, Dramaturgen und Regisseure des „schleichenden“ Exports der Konterrevolution in die CSSR waren im Rahmen der NATO die politischen und militärischen Planungs- und Führungsstäbe der USA und der BRD.

Prag sollte zum Ausgangspunkt für das Ausrollen der anderen sozialistischen Staaten Europas gemacht werden. Diese Zielsetzung ging vor allem von zwei Erwägungen aus:

Erstens von der besonderen militär-geographischen Lage und der damit verbundenen strategischen Position der CSSR als südwestlichem Vorposten der sozialistischen Staatengemeinschaft in Europa.

Zweitens versuchte die NATO, bestimmte Schwierigkeiten innerhalb der CSSR, besonders das Aufkommen der rechten Kräfte in der KPFTch, auszunutzen. In dem vom XIV. Parteilag der KPFTch 1971 bestätigten Beschluss „Lehren aus der krisenhaften Entwicklung in der Partei und der Gesellschaft vom XIII. Parteilag der KPFTch“ vom Dezember 1970 heißt es hierzu: „Die Inlandsopposition der rechten Kräfte war eng mit den ideologischen Zentren des internationalen Antikommunismus verbunden... Diese Zentren betrieben der CSSR gegenüber eine gemeinsame Taktik, wobei sie sich die Schwächung der inneren Lage der KPFTch zumute machten, die durch das Wachsen einiger Krisenerscheinungen in ihr hervorgerufen war.“

Gustav Husak hatte bereits im Juni 1969 hervorgehoben, daß sein Land in den letzten anderthalb Jahren das Objekt besonderer Aufmerksamkeit der Imperialisten war. Gegen die CSSR sei deren neue Strategie und Taktik bisher am intensivsten angewandt worden. „Wenn der Weltimperialismus das Schwergewicht seiner Anstrengungen von der Vorbereitung einer blutigen

Vernichtung des Sozialismus mit Waffengewalt darauf verlegt, dessen allmähliche Unterhöhnung und Zersetzung anzustreben, so ist das kein Zeichen seiner Stärke, vermindert aber auch nicht die Gefahr, die von ihm ausgeht, falls wir uns ihrer nicht rechtzeitig, vollständig und in allem Ernst bewußt werden.“

Die neue Strategie und Taktik des Imperialismus legt größten Wert auf eine ideologische und politische Beeinflussung der sozialistischen Länder, auf eine ideologische und politische Intervention, ja man kann, ohne zu übertreiben, sagen, auf eine weite Skala politischer und ideologischer Diversion. Hier haben wir es mit einigen prinzipiellen Veränderungen in den Methoden der Tätigkeit des Imperialismus zu tun.“

Der für 1968 von den NATO-Hauptmächten festgelegte Hauptstoß gegen die CSSR bedeutete aber keineswegs die Freigabe ihrer Expansionsbestrebungen gegen die DDR, die Volksrepublik Polen und andere sozialistische Staaten Europas. Das heißt, die NATO hatte bei ihrem „Modellfall CSSR“ lediglich einen anderen Abschnitt für den ersten Schlag gewählt, die Reihenfolge in den einzelnen Etappen umgestellt sowie die taktischen Mittel und Methoden modifiziert, während die strategischen Ziele unverändert blieben.

Ausgehend von der Bestimmung politischen und militärischen Strategie, sah der NATO-Operationsplan gegen die CSSR mehrere sich teilweise überlappende Phasen vor.

Unter dem Decknamen „Zephir“ – milder Westwind – wurde dieser Operationsplan im Frühjahr 1968 von den Führungsgremien der NATO und deren „Internationalem Militärstab“ als geheimes Sonderprogramm für das Vorgehen gegen die CSSR verabschiedet. (74)

Darin war detailliert festgelegt, wie die äußeren Bedingungen für das stufenweise Herausbrechen der CSSR der sozialistischen Staatengemeinschaft herbeizuführen wären und wie die CSSR schrittweise in die imperialistische Machtsphäre eingegliedert, die konterrevolutionäre Subversion durch die Geheimdienste der NATO-Staaten organisiert und die erwartete „Erosionsprozess“ militärisch genutzt werden sollte. Der Operationsplan „Zephir“ steckte aber nicht nur die gegen die CSSR anzuwendenden subversiven Methoden ab, er sah auch vor, Truppen der NATO vor allem im süd-

NICHT LÄNGER GEHEIM

Die Rolle des Geheimdienstes in der konterrevolutionären Strategie des BRD-Imperialismus

11. Folge

Auszugsweise Nachdruck aus „Nicht länger geheim“ mit freundlicher Genehmigung der Autoren Albert Charius und Julius Moder sowie des Militärverlages der DDR. Die Auswahl- und Zusammenstellung besorgte Dr. Werner Stracke.

auf die von der psychologischen Kriegsführung im nationalpolitischen, antisozialistischen und vor allem antisowjetischen Sinne desorientierten Teile der Bevölkerung stützen sollte. Folglich richtete die Konterrevolution ihre Angriffe in dieser Phase auf die führende Rolle der KPFTch und die sozialistische Staatsmacht. Partei- und Staatsapparat sollten von innen her zersetzt und schrittweise beseitigt werden.

In der zweiten Phase war der „verdeckte Krieg“ geplant, der mit Hilfe der äußeren Konterrevolution – also wiederum der Geheimdienste und der Institutionen für die militärische Subversion einschließlich der für die psychologische Kampfführung – ausgelöst

und bis zum Bürgerkrieg gestiegt werden sollte. Sein Ziel bestand darin, die Machtübernahme durch antisozialistische Kräfte gewaltsam durchzusetzen und gegebenenfalls den stöckelpöblischen „stillen Putsch“ zu vollenden.

In der dritten Phase schließlich sollte die CSSR mit Hilfe der konterrevolutionären Regierung, unter der Parole der „Selbstbestimmung“ scheinbar neutralisiert, aus dem Warschauer Vertrag und dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe herausgelöst und in ein Zentrum der ideologisch-politischen Zersetzung der sozialistischen Staatengemeinschaft verwandelt werden.

Im Laufe des ersten Halbjahres 1968 wurde dieser Operationsplan sowohl im Hinblick auf den zeitlichen Ablauf als auch inhaltlich ständig präzisiert und der Lage angepaßt. Im Frühjahr 1968 schrieb die „Bonner Rundschau“, „Die Bundesregierung war gut beraten, mit äußerster Behutsamkeit auf die neue Lage in Prag zu reagieren... Langsam allerdings sollten wir beginnen, an der Moldau unseren Part zu spielen, vorsichtig, aber bestimmt.“ (75)

Die taktische Linie Bonns war, sich in der ideologischen Diversion selbst nicht zu offen zu arrangieren, um der Weltöffentlichkeit gegenüber den Ein- druck zu erwecken, man mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten der CSSR ein. Der psychologische Krieg wurde daher vor allem mit den in der BRD etablierten Massenmedien als „Ätherkrieg“ geführt.

In dem Maße, wie in der CSSR immer spürbarer antisozialistische Kräfte die Massenmedien beherrschten, konnte dann auch seitens der NATO-Organis für psychologische Kriegsführung Einfluß auf Teile der Partei und des Staatsapparates sowie auf die Bevölkerung gewonnen werden. Die Massenmedien wurden zu den wichtigsten Steuermechanismen der Konterrevolution. Zudem schaltete die NATO ideologische Diversion und ökonomische Verführung parallel. (76)

Auf der Tagesordnung verschiedener auf höchster Ebene der NATO und speziell der Bundeswehr stattfindender Konferenzen stand vorrangig die erzwungene militärische Einmischung in der CSSR. So diente die NATO-Stabekonferenz „SHAPEX 68“ (7. - 9. Mai 1968) dazu, den gedachten Verlauf der „Operation Zephir“ in verschiedenen Varianten durchzuspielen. Die teilnehmenden mehr als 400 NATO-Generale wurden zudem in Maßnahmen der gedachten Bereitstellung von Invasionstruppen im Kommandobereich Europa Mitte (Oberbefehlshaber Bundeswehrgeneral Benneck) eingewiesen, die mit den für

Herbst 1968 vorgesehenen Kooperationsmaßnahmen verbunden werden sollte.

Im Juli 1968 stimmte die „Große Koalition“ in der BRD durch die Minister Schröder und Strauß ihre Einmischungsentscheidung gegenüber der CSSR erneut mit höchsten amerikanischen Regierungsvertretern ab. Beide Seiten nahmen an, daß die Phase des „stillen“ Exports der Konterrevolution in die CSSR unmittelbar vor ihrem Höhepunkt, der vollen Machtergreifung durch die antisozialistischen Kräfte in der CSSR, stünde. Auf diese Lage sollte die NATO eingestellt werden; dem im NATO-Operationsplan für den Herbst 1968 als eine der Wendezeitpunkte festgelegte NATO-Planungs- und Führungsstäbe war das der Zeitpunkt, zu dem die KPFTch und die sozialistische Staatsmacht in der CSSR von innen her vollständig kampfunfähig gemacht sein würden.

Auf einem für diese Zeit vorgesehenen außerordentlichen Parteilag der KPFTch sollte der eingeleitete Führungswechsel in Partei und Staat durch eine konterrevolutionäre Gruppierung abgeschlossen werden. Es war beabsichtigt, diese „leutlose“ Machtübernahme der antisozialistischen Kräfte durch eine gezielte Einmischung von außen zu unterstützen. Die NATO-Planer rechneten damit, daß spätestens zu diesem Zeitpunkt die Entscheidung darüber falle, ob die „stille“ Konterrevolution von oben gelungen war und zur demonstrativen militärischen Stütze von außen bedürfe, oder ob zur zweiten Phase, zur gewaltsamen Veränderung der politischen Machtverhältnisse in der CSSR, eventuell mit einer direkten militärischen Invasion verbunden, übergegangen werden müsse.

71) Siehe G. Husak, Ausgewählte Reden und Aufsätze, April 1966 - April 1971, Berlin 1971; V. Štáfl, Wahrheit über Wahrheit, Kassel 1968; Kodesch und Kufelmaier 1967 - 1970, Berlin 1973; M. Marko, Psychologische Kriegsführung und das „tschechoslowakische Experiment“, Prag 1972.

72) Lehren aus der krisenhaften Entwicklung in der Partei und der Gesellschaft nach dem XIII. Parteilag der KPFTch, „Neue Zeit“ Moskauer Nr. 8/1971, S. 33.

73) Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien - Moskau 1968, Berlin 1968, S. 500.

74) Siehe zu den Ereignissen in der CSSR, Moskau 1968, S. 118 „Al Doria“, Beirut vom 11. September 1968.

75) „Bonner Rundschau“ vom 29. März 1968.

76) Sonderveröffentlichung „Deutsche Aktiengesellschaften mit Ökonomien 1967/68“.